Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2035

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 19. März 1964

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

I. 1. Abgeordneter **Müller (Aachen-Land)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß gegen den Film „Das Schweigen" inzwischen 10 Strafanzeigen wegen Verbreitung unzüchtiger Darstellungen erstattet worden sind?

I. 2. Abgeordneter **Müller (Aachen-Land)**

Hat die Bundesregierung Verbindung mit den Justizministern der Länder zu dem Zweck aufgenommen, Möglichkeiten zu prüfen, im Wege der Weisungsbefugnis an die Staatsanwaltschaften gegen einen Film vorzugehen, der weiten Kreisen unseres Volkes ein berechtigtes Ärgernis bereitet, wie im Falle des Films „Das Schweigen" Leserzuschriften und Gespräche mit der Bevölkerung beweisen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

II. 1. Abgeordneter **Faller**

Welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung aus den Untersuchungen über die Broteinfuhr aus der Schweiz gezogen, deren Bekanntgabe der Bundesernährungsminister auf Grund der mündlichen Frage IX/2 — Drucksache IV/1958 — am 8. November 1963 in Aussicht stellte?

II. 2. Abgeordneter **Mertes**

Ist die Bundesregierung im Interesse der Verbraucher bereit, im Wege einer Änderung der Milchpreisverordnung vom 28. Juni 1963 den bisher üblichen dreiprozentigen Barzahlungsnachlaß im Einzelhandel wieder zuzulassen und damit der seit Monaten erklärten Bereitschaft des Lebensmitteleinzelhandels — vor allem der Filialbetriebe — auf Verzicht eines Teils der Spanne für Milch als wichtigem Grundnahrungsmittel Rechnung zu tragen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

III.	1. Abgeordneter **Dr. Jungmann** *)	Ist in absehbarer Zeit, ggf. in welcher Zeit, mit der Einbringung einer Neufassung des Krankenpflegegesetzes zu rechnen?
III.	2. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den freiberuflichen Hebammen ein ihrem verantwortungsvollen Beruf angemessenes Einkommen zu sichern?

IV. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

IV.	1. Abgeordneter **Ritzel**	Treffen die Meldungen zu, wonach deutsche Kraftfahrzeuge in Frankreich eine diskriminierende Behandlung erfahren, die in besonderen Schwierigkeiten in bezug auf die Haftpflicht- und Kaskoversicherung bestehen soll?
IV.	2. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über eine Fortsetzung kultureller Beziehungen zu der UdSSR nach Beendigung des in dem bisherigen Kulturabkommen enthaltenen Programms?
IV.	3. Abgeordneter **Kaffka**	Was hat die Bundesregierung unternommen, um den seit drei Monaten im französischen Gefängnis einsitzenden ehemaligen Fremdenlegionär Eugen Reinig aus Bexbach (Saar), der 1957 aus der Legion desertierte, freizubekommen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

V.	1. Abgeordneter **Dr. Supf**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß wertvolle Löschgeräte, die für den Luftschutz gedacht sind, wegen unzureichender Unterbringung durch die Witterungseinflüsse verrotten, z. B. in Regensburg oder Fürstenfeldbruck?
V.	2. Abgeordneter **Dr. Supf**	Welche Maßnahmen sind gedacht, um derartige in Frage V/1 geschilderten Schädigungen zu verhindern?
V.	3. Abgeordneter **Kreitmeyer**	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Kindern zu helfen, die durch Versetzung des Vaters als Bundesbediensteter Schwierigkeiten haben, Anschluß an das jeweilige Schulsystem zu finden und damit in ihrer Ausbildung erheblich gehemmt werden?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

V. 4. Abgeordneter **Kreitmeyer**

Ist die Bundesregierung bereit, die von ihr eingereichte 4. Novelle zum Gesetz nach Artikel 131 im Hinblick auf den Mangel an Unteroffizieren in der Bundeswehr und auf die Feststellungen des Bundesverteidigungsministers über die Lage der ehemaligen Berufsunteroffiziere zu überprüfen?

V. 5. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gründe die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) veranlaßt haben, den Film „Das Schweigen" ohne Schnittauflagen freizugeben?

V. 6. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gründe die Filmbewertungsstelle der Länder (FBW) bewogen haben, dem Film „Das Schweigen" das höchste Prädikat zu verleihen, das dieses Gremium zu vergeben hat, nämlich „besonders wertvoll"?

V. 7. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Staaten der Film „Das Schweigen" ebenfalls wie bei uns ohne Schnittauflagen zur öffentlichen Vorführung freigegeben wurde?

V. 8. Abgeordneter **Müller (Aachen-Land)**

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die „Freiwillige Selbstkontrolle" (FSK) offensichtlich einer einheitlichen und systematischen Spruchpraxis völlig entbehrt, indem z. B. in dem Film „Das Schweigen" Szenen unbeanstandet blieben, die in dieser Eindeutigkeit bislang niemals Gegenstand einer öffentlichen Vorführung waren, während in vielen anderen Filmen erheblich weniger anstößige Szenen mit einer Schnittauflage versehen wurden?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI. 1. Abgeordneter **Varelmann**

Ist es zutreffend, daß auf Grund des Mangels an Betriebsprüfern bei den Finanzverwaltungen der Länder, insbesondere in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, die Betriebsprüfungen nicht umfassend und termingerecht durchgeführt werden und auf der anderen Seite die Lohnsteuervergütungsanträge keine ausreichende gründliche Bearbeitung erfahren?

VI. 2. Abgeordneter **Varelmann**

Ist die oft gehörte Behauptung zutreffend, daß mehr als eine Million Lohnsteuerpflichtige mehr an Lohnsteuer entrichten als nach den gesetzlichen Bestimmungen gefordert wird?

VI. 3. Abgeordneter **Varelmann**

Ist der Gleichheitsgrundsatz zwischen Einkommen- und Lohnsteuerpflichtigen gewahrt, wenn die wirtschaftlich Selbständigen ohne Antrag die zuviel entrichtete Einkommensteuer zurückerhalten, die Lohnsteuerpflichtigen aber nur auf Grund eines Antrages, obwohl die

Finanzämter in einem Teil der Fälle an Hand der Lohnsteuerkarte die Überzahlungen feststellen können?

VI. 4. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Lohnsteuerzahler, die sich um den Lohnsteuerausgleich oder um Freibeträge für das laufende Jahr bemühen, zu Beginn jeden Jahres stundenlang in den Finanzämtern warten müssen, was zu Unzuträglichkeiten für den einzelnen und zu unabsehbaren Verlusten für die Volkswirtschaft durch Arbeitsausfall führt?

VI. 5. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um diesem in Frage VI/4 geschilderten, für die Staatsbürger und für die Volkswirtschaft unerträglichen Zustand abzuhelfen?

VI. 6. Abgeordneter **Berlin**

Trifft es zu, daß die Bundesfinanzverwaltung für die Finanzämter keine Haftpflichtversicherung für Personenschäden durch Unfälle abgeschlossen hat?

VI. 7. Abgeordneter **Berlin**

Wie und in welcher Weise werden entstandene Personenschäden durch Unfälle reguliert, falls die Bundesfinanzverwaltung für die Finanzämter keine Haftpflichtversicherung abgeschlossen hat?

VI. 8. Abgeordneter **Fritsch**

Wann ist mit der Errichtung eines Hauptzollamtes in Deggendorf zu rechnen?

VI. 9. Abgeordneter **Dröscher**

Wie weit sind die Bemühungen gediehen, den Gemeinden, deren Bürger als zivile Arbeitnehmer bei der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften tätig sind, eine Art Gewerbesteuerausgleich zu gewähren?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII. 1. Abgeordneter **Dr. Jungmann**

Ist es zutreffend, daß das Bundesgesundheitsministerium schon vor längerer Zeit mit den beteiligten Ressorts für Wirtschaft und Arbeit in Verbindung getreten ist, um die Aufhebung der Pflegesatzverordnung aus dem Jahre 1954 zu erreichen?

VII. 2. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Aus welchen Gründen ist bisher die Änderung der Pflegesatzverordnung vom 31. August 1954, deren Notwendigkeit von der Bundesregierung in der Fragestunde vom 14. November 1962 bejaht worden ist, nicht erfolgt?

VII. 3. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Wann wird die Änderung der Pflegesatzverordnung vollzogen sein?

VII. 4. Abgeordneter **Arendt (Wattenscheid)**

Zu welchem Ergebnis hat das von der Bundesregierung am 7. Oktober 1963 im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eingebrachte sogenannte Übergangsprotokoll zur Änderung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geführt?

VII. 5. Abgeordneter **Arendt (Wattenscheid)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die in dem in Frage VII/4 genannten Übergangsprotokoll gemachten Änderungsvorschläge aufrechtzuerhalten und ihre diesbezüglichen Pläne weiterzuverfolgen?

VII. 6. Abgeordneter **Arendt (Wattenscheid)**

Welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgebend, ein Übergangsprotokoll zur Änderung des Montanvertrages vorzulegen, anstatt das von der Hohen Behörde vorgelegte Protokoll zur Grundlage einer Diskussion im Ministerrat zu machen?

VII. 7. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um einer aus Holland betriebenen unlauteren Massenwerbung im Zeichen Europas in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland entgegenzutreten, die bei einem Kauf über die Grenze folgendes anbieten:

a) für denselben Betrag, den man beim Kauf eines Kleidungsstückes aufwendet, sich gratis weitere Kleidungsstücke nach Wahl auszusuchen,

b) 10- bis 40%ige Preisermäßigung für Spezialartikel,

c) beliebigen Zahlungsaufschub,

d) ein Gratismenü für zwei Personen?

VII. 8. Abgeordneter **Dr. Dörinkel**

Hat die Bundesregierung die Absicht, geeignete Maßnahmen gegen die Tätigkeit unseriöser ausländischer Versicherungsgesellschaften im Bundesgebiet zu treffen, nachdem bereits vor zwei Jahren die amerikanische Versicherungsgesellschaft „Brandaris" zahlungsunfähig wurde und neuerdings die „American Military International Insurance Association (AMIIA)" gleichfalls zahlungsunfähig geworden ist?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VIII. 1. Abgeordneter **Schulhoff**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotz aller Bemühungen der Industrie die von den auf Grund des § 24 Abs. 4 GewO gebildeten Ausschüssen erarbeiteten Normen und Richtlinien, insbesondere auf dem Gebiet des Dampfkesselwesens, noch immer keine rechtsverbindliche Kraft haben und heute noch die

nicht mehr dem Stande der Technik entsprechenden, teilweise mehr als 20 Jahre alten Vorschriften gelten, wodurch neben der Unsicherheit für Hersteller, Betreiber und Überwacher auch der Wettbewerb deutscher Firmen im Ausland erschwert wird?

VIII. 2. Abgeordneter **Schulhoff**

Ist die Bundesregierung bereit, eine freiere Entfaltung der Technik im Rahmen der Selbstverantwortung der Industrie unter Einschaltung der technischen Ausschüsse zu ermöglichen, wie sie z. B. für die Elektrotechnik besteht?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Aigner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von seiten der amerikanischen Streitkräfte mehreren hundert Zivilbeschäftigten im Truppenübungsplatz Grafenwöhr wegen Einsparungsmaßnahmen überraschend gekündigt wurde, nachdem jahrelang vorher verlangt wurde, den Arbeitskräftebedarf vorrangig vor zivilen Ansprüchen zu decken?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Aigner**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die negativen Auswirkungen der in Frage VIII/3 erwähnten Kündigungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet zu vermindern unter Berücksichtigung, daß es sich hier sowieso um ein Gebiet mit geringer Arbeitsplatzkapazität handelt?

VIII. 5. Abgeordneter **Dr. Aigner**

Ist die Bundesregierung bereit, alles zu tun, um sofort einen neuen Betrieb in Grafenwöhr anzusiedeln und auf die amerikanischen Streitkräfte Einfluß zu nehmen, so lange die in Frage VIII/3 genannte Ausstellung der Arbeitskräfte hinauszuzögern, bis ein reibungsloser Übergang in neue Arbeitsverhältnisse gefunden wird?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IX. 1. Abgeordneter **Kreitmeyer**

Wie viele Bundeswehrbedienstete mit mindestens sechsjähriger Dienstzeit warten seit dem 1. März 1964 länger als 24 Monate auf Zuweisung einer Wohnung?

IX. 2. Abgeordneter **Reichmann**

Hält die Bundesregierung es für zeitgemäß, daß Panzerfahrzeuge der Bundeswehr in einer südbadischen Garnison mit Gartenschläuchen gereinigt werden müssen?

IX. 3. Abgeordneter **Reichmann**

Sind die in Frage IX/2 erwähnten primitiven Reinigungsmethoden auch noch in anderen Garnisonen üblich?

IX. 4. Abgeordneter **Reichmann**

Bis zu welchem Zeitpunkt kann mit dem Einsatz moderner rationeller Reinigungsverfahren für die Panzerfahrzeuge überall in der Bundeswehr gerechnet werden?

IX. 5. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Bis zu welchem Zeitpunkt ist damit zu rechnen, daß der für die Panzerbrigade der 1. Gebirgsjägerdivision vorgesehene endgültige Standort und Übungsplatz Schwaiganger bezogen werden kann?

IX. 6. Abgeordneter **Dröscher**

Ist die Bundesregierung bereit, die Frage zu prüfen, ob eine Dienstzeit in der Entwicklungshilfe auf den Grundwehrdienst in der Bundeswehr angerechnet werden kann?

IX. 7. Abgeordneter **Dröscher**

Hat der Herr Bundesverteidigungsminister in der Frage der Ableistung des Grundwehrdienstes für Studenten der Pädagogischen Akademien seine Meinung seit der Fragestunde vom 13. Dezember 1963 geändert?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X. 1. Abgeordneter **Unertl**

Ist die Bundesregierung bereit, eine gesetzliche Regelung dahin gehend zu treffen, daß im Interesse der Verkehrssicherheit alle Personenwagen in Zukunft an den beiden hinteren Kotflügeln sogenannte Schmutzfänger zu führen verpflichtet sind?

X. 2. Abgeordneter **Sänger**

Ist die Bundesregierung in der Lage zu sagen, wann mit dem in Aussicht genommenen Bau der zweiten Schleusenkammer an der Schleuse in Geesthacht begonnen werden kann?

X. 3. Abgeordneter **Sänger**

In welcher Höhe sind Mittel vorgesehen, um den Bau der dringend erforderlichen zweiten Schleusenkammer an der Schleuse in Geesthacht zu ermöglichen?

X. 4. Abgeordneter **Sänger**

Besteht noch Aussicht, daß die zweite Schleusenkammer an der Schleuse in Geesthacht, wie ursprünglich beabsichtigt, bis 1966 fertiggestellt sein kann?

X. 5. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Trifft es zu, daß bei der Planung des Autobahn-Teilstücks Heilbronn—Mannheim—Walldorf größere Verzögerungen eingetreten sind?

X. 6. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist die Bundesregierung bereit dafür einzutreten, daß der Ausbau der Mittelrheinstrecke Mannheim—St. Goar in einer angemessenen Frist, also in den nächsten sechs bis sieben Jahren, vorgenommen wird?

X. 7. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist die Bundesregierung bereit, der Anregung der Vereinigung der Handelskammern des Rheingebietes näherzutreten, die Finanzierung des Ausbaus der Mittelrheinstrecke Mannheim—St. Goar auf internationaler Basis sicherzustellen?

X. 8. Abgeordneter **Ritzel**

Was beabsichtigt der Herr Bundesverkehrsminister zu tun, um den überteuerten Preisen in den Speisewagen der Deutschen Bundesbahn zu begegnen?

X. 9. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß auf der B 49 von Bensheim bis Bürstadt Radfahrwege vorhanden sind, von der Gemeinde Rosengarten jedoch bis nach Bürstadt die Radfahrwege fehlen?

X. 10. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Hält der Herr Bundesverkehrsminister es nicht für zweckmäßig in Anbetracht der Tatsache, daß der Odenwald Naturschutzpark ist und infolgedessen auch von der Wormser Bevölkerung gern aufgesucht wird, Radfahrwege von Rosengarten bis Bürstadt bauen zu lassen, damit übers Wochenende auch diejenigen Naturliebhaber im Odenwald Erholung finden können, die nicht motorisiert sind?

X. 11. Abgeordneter **Peiter**

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Deutsche Bundesbahn eine Einschränkung des Personenverkehrs auf der Strecke 195 e Limburg—Diez—Bad Schwalbach plant?

X. 12. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen**

Welche Erfahrungen sind bisher von der Bundesregierung in bezug auf Verkehrssicherheit und Verkehrsfluß auf dem ersten beleuchteten Autobahnabschnitt Köln-Mülheim — Leverkusener Kreuz gemacht worden?

X. 13. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der Bundesärztekammer, für die in Großstädten praktizierenden Ärzte eine Parkraum-Reservierung einzuführen, damit durch Kennzeichnung und ständige Sicherung der Parkfläche der Arzt zur schnellen Hilfeleistung in der Lage ist?

X. 14. Abgeordneter **Faller**

In welcher Weise soll die sog. Strategische Bahn (Weizen—Zollhaus—Blumberg) wieder befahren werden, nachdem diese von der Deutschen Bundesbahn stillgelegte Strecke mit Unterstützungen des Bundes wieder in einen verkehrssicheren Zustand gebracht worden ist?

X. 15. Abgeordnete **Frau Meermann**

Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, sich dafür einzusetzen, daß die württembergische Kreisstadt Tuttlingen an die Bundesautobahn Stuttgart—westlicher Bodensee über Tuningen statt über Geisingen angeschlossen wird?

X. 16. Abgeordneter **Fritsch**

Wann ist mit der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke München—Eisenstein zu rechnen?

X. 17.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Ist es richtig, daß von den 363 Tankwagenunfällen, die sich 1963 in Nordrhein-Westfalen ereigneten, allein 217 auf fehlerhaftes Verhalten der Fahrer, insbesondere auf die zu große Geschwindigkeit, zurückzuführen waren?
X. 18.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Ist es zweckmäßig, — wie für die Fahrer von Autobussen — für Tankwagenfahrer einen besonderen Führerschein und eine Höchstgeschwindigkeit für Tankwagen vorzuschreiben?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI. 1.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Sind dem Herrn Bundespostminister die Klagen der badischen Stadt Villingen darüber bekannt, daß im regionalen Fernsprechbuch für Villingen das Ortsnetz der sechs Kilometer entfernt liegenden württembergischen Nachbarstadt Schwenningen nicht enthalten ist?
XI. 2.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Teilt der Herr Bundespostminister die Meinung, daß es eine Erschwernis für zwei Nachbarstädte bedeutet, wenn ihre Fernsprechteilnehmer in getrennten Verzeichnissen aufgeführt sind?
XI. 3.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Welche Möglichkeiten bestehen, den derzeitigen in Fragen XI/1, 2 geschilderten Zustand zu ändern?
XI. 4.	Abgeordneter **Fritsch**	Wann ist mit der Errichtung eines neuen Postamtsgebäudes in Deggendorf zu rechnen?

Bonn, den 13. März 1964